

Antrag
des
Rechts- und Verfassungs-Ausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Mag. Collini, Moser, Hundsmüller, Vesna Schuster, Dr. Krismer-Huber, Mag. Hofer-Gruber, Mag. Kollermann und Weninger betreffend Bekenntnis gegen Antisemitismus, BDS-Kampagne stoppen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Niederösterreichische Landtag bekennt sich dazu, jede Form des Antisemitismus auf das Schärfste zu verurteilen, ihm mit aller Konsequenz entschlossen entgegenzutreten und eindeutig die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott von israelischen Waren oder Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern, Künstlerinnen und Künstlern und Sportlerinnen und Sportlern zu verurteilen und entschieden abzulehnen.

Im Zuge dessen wird die Niederösterreichische Landesregierung ersucht,

- a) bei der Gewährung von Landesförderungen besonders darauf zu achten, dass keine Organisationen und Institutionen gefördert werden, die die Menschenwürde und grundlegende Menschenrechte nicht achten sowie Rassismus oder Antisemitismus betreiben bzw. dazu aufrufen,
- b) Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Landesverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen und

- c) keine Organisationen oder Projekte finanziell zu fördern, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen bzw. die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen.“

Mag. Hofer-Gruber
Berichterstatter

Dr. Michalitsch
Obmann